

FLÜCHTLINGE UND EINHEIMISCHE

Beobachtungen in Velbert nach 1945

„Im Ruhrgebiet mußten sich Vertriebene und Flüchtlinge zwar in einen neuen Raum, aber zugleich alle – Alteingesessene wie Neuankömmlinge – in eine neue Zeit mit neuen Anforderungen und Normen, mit politischen Umwertungen und mit neuen sozialen Räumen integrieren. In diesem und nur in diesem Sinn ist die Verschmelzung der Flüchtlinge und Vertriebenen im Revier ein Extremfall einer allgemeinen Entwicklung.“ – Mit dieser prägnanten These hat Alexander von Plato in dieser Zeitschrift („Fremd im Revier“, Heft 2/1989, S. 178) seine Untersuchungen zum Verhältnis von Flüchtlingen und Einheimischen im Revier resümiert. Den „hauptsächlichen Unterschied“ zwischen beiden Gruppen will er nur im „Heimatverlust“ der Flüchtlinge sehen. Ohne hier auf methodische Aspekte lebensgeschichtlicher Interviews gerade für die Beurteilung von Fragen des Verhältnisses zweier Bevölkerungsteile zueinander eingehen zu können – Plato erhofft sich von dieser Quellenbasis einen besonders guten Einblick in Langzeitprozesse –, muß seine Argumentation als Ergebnis für das Ruhrgebiet zunächst akzeptiert werden.

Eine andere Frage ist die der Übertragbarkeit auf Räume, die direkt an das Ruhrgebiet angrenzen. In Verbindung mit den Überlegungen von Falk Wiesemann (Flüchtlingspolitik, S. 44) und Paul Erker (Vom Heimatvertriebenen), daß die Flüchtlingsintegration nicht isoliert, sondern nur als „Teil des Formierungs- und Integrationsprozesses der Gesamtgesellschaft im Laufe der 50er Jahre“ (Erker, S. 118) betrachtet werden sollte, scheint Platos These konsensfähig und verallgemeinerbar. Wenn im folgenden jedoch die Konfliktlinien zwischen Einheimischen und Flüchtlingen in den frühen Nachkriegsjahren schärfer gezogen werden, möge man darin keinen Rückfall in eine vielleicht schon überholt erscheinende Position sehen. Denn die Existenz von Konfliktstrukturen dürfte unleugbar sein, auch für das Ruhrgebiet.

In der mittelständisch strukturierten, von Kriegseinwirkungen wenig betroffenen Industriestadt Velbert besaßen sie eine prägende, wenn auch nicht dominierende Qualität, ohne damit behaupten zu wollen, daß Velbert einen besonderen Brennpunkt des Flüchtlingsproblems darstellte. Vielmehr erwies sich beim Blick auf meßbare Faktoren die Stadt objektiv fast als eine „Insel der Seligen“, lag doch der Flüchtlingsanteil an der Bevölkerung mit 12 Prozent nur wenig über dem Durchschnitt Nordrhein-Westfalens (10,1), aber deutlich unter dem des Bundes (16,5 zur Zeit der Volkszählung 1950). Der Arbeitsmarkt der Stadt zeigte sich ausgesprochen aufnahmefähig, und nicht nur die einheimische Bevölkerung profitierte davon, daß der Arbeitsamtsbezirk Velbert bald zu den Spitzenreitern der Vollbeschäftigung im Lande zählte. Dennoch sind in kritischen Phasen, etwa Anfang 1949 und im Frühjahr 1950, auch hier Verwerfungen in der Form zu registrieren, daß die Flüchtlinge in den meist überschaubaren Industriebetrieben als erste entlassen wurden.

Die insgesamt dennoch günstige Gesamtlage unterstützt die Auffassung, bei der Analyse von Alltagskonflikten nicht nur Extremfälle der Begegnung von Alt- und Neubürgern für aussagekräftig zu halten; auch können für Velbert kaum singuläre Zusammenstöße verzeichnet werden. Nimmt man aber den Begriff Alltagsgeschichte ernst, erfordert das, bereits auf der Ebene der normalen Lebenswelt die Konfliktpotentiale und -mechanismen aufzudecken, zumal da sich (mit Schlichtung, Beiräten und Vertriebenen-Verbänden) rasch ein institutioneller Rahmen entwickelte, in dem sie ausgetragen wurden. Der Gesamtprozeß entfaltete sich im kleinräumigen Umfeld der Stadt Velbert in bemerkenswerter Richtung: Konflikte wurden enttabuisiert und normalisiert, um diese Hypothese zu wagen.

Der Beitrag charakterisiert einzelne Typen von Auseinandersetzungen und Problemfeldern, indem er sie einzelnen Etappen zuweist. Damit soll eine systematische Analyse mit einem chronologischen Überblick über die Stationen der Flüchtlingsaufnahme in einer typischen Industriestadt Nordrhein-Westfalens verbunden werden – in einer Stadt freilich, in der die „neue Zeit“ möglicherweise etwas später begann als im Ruhrgebiet.

1. Konfliktfelder im Integrationsprozeß: Die Unterbringung (1945/48)

Trotz der im Vergleich günstigen Ausgangslage entwickelte sich auch in Velbert die Wohnungsfrage rasch zum Kern aller Probleme des Zusammenlebens von Vertriebenen und Einheimischen. Bezeichnend sind Meldungen der Presse und der Verwaltungen aus den Jahren 1947/48, nach denen viele Flüchtlinge die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften vorzögen oder sich nach den Lagern zurücksehnten, um nicht als unerwünschte Fremde in Privatwohnungen eingewiesen zu werden und dort auf die Hilfsbereitschaft und „Gnade“ der Hauptmieter und der Hausbesitzer angewiesen zu sein. Standen doch im Lager wenigstens in beschränktem Maße Dinge zur gemeinsamen Nutzung zur Verfügung, die die Flüchtlinge sonst von den Eingesessenen ausleihen mußten, so etwa Küchengeräte.

Dennoch ging das Bemühen der Stadtverwaltung dahin, lange Lageraufenthalte zu vermeiden, zumal da die Zeitgenossen besonders von den Massenlagern die dann doch „ausgebliebene Radikalisierung“ (Helmut Grieser) befürchteten. Tatsächlich finden sich auch in Velbert erste Ansätze für die Selbstorganisation der Flüchtlinge in den Lagern. Anfänglich hoffte man sogar, ganz auf Lager verzichten zu können. Als die volle Tragweite der Flüchtlingszuwanderung noch nicht absehbar war, beschrieb in einem Interview mit der „Rheinischen Post“ vom 12. Juni 1946 Stadtdirektor Anton de Visscher die vier Wege, auf denen man bisher für 7000 Wohnungssuchende Unterkünfte geschaffen habe. 500 neue „Volkswohnungen“ seien durch die Teilung von großen Wohnungen, 200 durch den Ausbau von Dachböden und weitere 122 durch den Umbau von Fabrikbaracken erstellt worden. Den größten Anteil nahm aber schon zu diesem Zeitpunkt der vierte Weg ein, nämlich die Einweisung als Untermieter in Normalwohnungen. Neubauten spielten keine Rolle, jedenfalls nicht für wohnungssuchende Fremde. De Visschers selbstbewußtes Versprechen: „Kein Obdachloser braucht hier noch mit einem Massenquartier vorliebzunehmen!“ konnte die Stadtverwaltung jedoch nicht lange aufrechterhalten, denn wenige Wochen später mußten zwei zentrale Lager in der Stadt eingerichtet werden.

Im ersten Nachkriegsjahr, also bis Mitte 1946, bestimmten allerdings noch nicht die Flücht-

linge, sondern vielmehr die Unterbringung von Ausgebombten aus dem Ruhrgebiet sowie die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung die Arbeit des Wohnungsamtes. Verwandtschaftliche Beziehungen, die Kenntnis der unmittelbaren Lebensumstände und die Herkunft der Aufgenommenen aus dem kriegszerstörten Essen dürften die Aufnahme erleichtert haben. Seit Anfang 1946 kamen aber im Rahmen der „Aktion Schwalbe“, wie die Zwangsausweisung aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten in die britische Zone euphemistisch genannt wurde, Fremde – Deutsche aus dem Osten. Familiäre Verbindungen nach Ostdeutschland gab es im Niederbergischen im Gegensatz zum Ruhrgebiet nur in Ausnahmefällen, war doch der Bevölkerungszuwachs während der Industrialisierung hier vornehmlich ein Ergebnis von Nahwanderungen gewesen (Ritter, Velbert, S. 130 ff.).

Die Wohnungszwangsbewirtschaftung läßt sich als Eingriff in die bürgerliche Privatsphäre in Stufen interpretieren: die „Fremden“ drangen mit Hilfe des Wohnungsamtes in den heimischen Umkreis ein. Zwar waren den lokalen Instanzen mit den alliierten Bestimmungen feste Richtlinien der Wohnraumverwaltung gegeben, doch besaßen sie, je nach den örtlichen Gegebenheiten, einen erheblichen Spielraum. Dieser ermöglichte indessen kaum auch nur kurzfristige Planungen, da einerseits die Flüchtlingsquoten oft unvermittelt zugewiesen wurden, andererseits die Beschlagnahme von Gebäuden durch die Besatzung zu eigenen Zwecken, aber auch die weiter anhaltende Zuweisung von Evakuierten aus dem Ruhrgebiet die Arbeit des Wohnungsamtes erschwerten.

Trotzdem bemühte sich die Stadtverwaltung darum, auf Zwangseinweisungen in sensiblen Bereichen zu verzichten. Anfangs wollte man sogar die Bauern im Stadtgebiet bei der Einquartierung von Flüchtlingen verschonen, weil man davon eine Gefährdung der Produktion und damit der Lebensmittelversorgung befürchtete. Hinter diesem Argument ist ein spezifisches, auch sonst im Kreis Mettmann zu beobachtendes Resistenzverhalten der Landwirte zu vermuten, dem die Stadt vorbeugen wollte. Die agrarische Struktur Niederbergs bedingte aber auch, daß hier weniger Arbeitskräfte gebraucht wurden als anderswo. Zwar konnte diese Strategie nicht auf die Dauer beibehalten werden, doch zeigt sie, wie die Stadt die Konflikte zu vermeiden suchte. Forderten etwa Öffentlichkeit und Stadtverordnete die Nutzung von Gasthaussälen als Wohnraum, konterte die Verwaltung mit einem Hinweis auf die Probleme für die Gastwirte und die allgemeine Zielsetzung, Sammelunterkünfte nach Möglichkeit zu vermeiden.

Die Ablehnung zugewiesener Flüchtlinge und des damit verbundenen Eingriffs in die Intimsphäre steigerten sich zu öffentlichem Protest, wenn damit eine Bedrohung des familiären Zusammenhalts verbunden war. So reagierten 1947 viele Bürger empört, als die für vermißt gemeldete Familienangehörige freigehaltenen Räumlichkeiten grundsätzlich für Neubürger zur Verfügung gestellt werden mußten. Von beiden Seiten wurde versucht, durch persönliche Kontakte mit übergeordneten Stellen, etwa mit dem Kreiskommandanten der Briten, also an städtischen Stellen vorbei, Einweisungen entweder durchzusetzen und zu beschleunigen oder zu verhindern und rückgängig zu machen. Besonders gut dokumentiert sind die bis zu Aussperrung und Gewaltanwendung gehenden Maßnahmen eines Hausbesitzers aus der Nachbarstadt Kettwig, bei dem auch die örtliche Schlichtung versagte. Physische Gewalt blieb zwar die Ausnahme, aber den Weg zur Schlichtung beschritten Wohnungsinhaber und Eingewiesene häufig genug. Dieses 1946 eingerichtete System, das institutionell mehrfach umgebildet wurde, sah zunächst einen mehrzügigen Instanzenweg von örtlichen Einzelschlich-

tern über Kreisstellen bis zu höheren Gremien vor, so daß versucht werden konnte, Verfahren zu verschleppen. Erst 1948 wurde die letzte Entscheidungsgewalt auf die Kreisebene verlagert. Bis dahin sollen im Kreisgebiet schon etwa 8000 Schlichtungsverfahren anhängig gewesen sein. Im übrigen konnte sich das Velberter Wohnungsamt in den meisten Fällen, in denen es betroffen war, durchsetzen, erwies sich aber auch als lernfähig. Als die Beschlagnahme von Arbeitszimmern von den Schlichtungsstellen wiederholt abgelehnt worden war, verzichtete es in Zukunft ganz darauf.

In dem vielleicht sensibelsten Bereich des alltäglichen Umgangs von Flüchtlingen und Einheimischen miteinander versuchte die Stadt also von Anfang an, Konflikte zu vermeiden oder wenigstens abzumildern. Damit wird deutlich, welches Gewicht die Zeitgenossen dem Problem zugemessen haben. Die offene Auseinandersetzung wurde gleichsam tabuisiert, indem man das Schicksal der Flüchtlinge betonte, zugleich aber das relativ „gnädige Schicksal“ Velberts im Zweiten Weltkrieg als Grund zu Dankbarkeit und Hilfsbereitschaft bei der Bevölkerung herausstrich. Hatte diese Konfliktvermeidungsstrategie anfänglich einen gewissen Erfolg, so wendete sie sich jedoch im Laufe der Jahre gegen die Wohnungsverwaltung selbst. Mit der zentralen Lockerung der Zwangsbewirtschaftung machten Einheimische wie Flüchtlinge das Wohnungsamt zum Sündenbock, da man in Velbert eine relativ straffe Kontrolle beibehielt. Anfang der fünfziger Jahre verwies die Öffentlichkeit auf liberalere Formen der Wohnungspolitik, z. B. das „Neusser Modell“, das freilich, wie man im Rathaus sagte, in der rheinischen Stadt nur infolge der weit kräftigeren Wohnungsbauinitiativen funktionierte. Aber um diese Zeit hatten sich die Fronten ohnehin verschoben. Einheimische und Flüchtlinge standen nun zusammen gegen die Umsiedler, die direkt in Neubauwohnungen eingewiesen wurden.

2. Die Alternative der Not: Flüchtlingslager (1946-52)

Die Situation in Gemeinschaftsunterkünften hing nach dem Urteil der zeitgenössischen Beobachter stark vom Verhalten der Flüchtlinge selbst ab, und Mißstände wurden von der Bürokratie den Bewohnern zugeschrieben. Hauptstreitpunkt war die Aufnahme von illegal zugewanderten Familienangehörigen und Freunden zum Teil gegen ausgesprochene Verbote der Lagerleitungen. Dadurch, so argumentierte die Verwaltung, seien die Räumlichkeiten hoffnungslos überbelegt; es fehle an Platz für Lebensmittel- und Brennstoffvorräte, deren offene Lagerung wiederum Ungeziefer anlocke und ein geregeltes Familienleben unmöglich mache, sowie oft auch an der nötigen Übersicht. Schließlich befremdete Einheimische wie Behörden mitunter die im Lager praktizierte Lebensweise der Flüchtlinge, zu der auch der Versuch gehörte, Haustiere zu halten.

1950 war die große Mehrheit der Flüchtlinge in Velbert bereits in Wohnungen untergebracht. Am 4. Februar 1950 berichtete die „Velberter Zeitung“ umfassend über das Lager am Böttinger Platz. In dem Artikel wurde mit einem großen Foto die enge, schlechte Unterbringung angeprangert, der gegenüberstehe, daß die Stadt streng auf korrekter Mietzahlung – 14 DM monatlich für zwei Räume – bestehe. Außerdem wurden einzelne Familienschicksale vorgestellt, darunter der Fall eines offenbar besonders hart getroffenen Kriegsversehrten, und die städtische Fürsorge kritisiert; so seien vom Lager-Altersheim keine Essensreste an die

anderen Bewohner weitergeleitet worden. Zudem habe man versäumt, Lagerräume für Vorräte zu schaffen, und kümmere sich nicht um die katastrophalen hygienischen Zustände, die die Überschrift des Artikels – „Von 10 Heringen frassen 9 die Ratten“ – treffend genug bezeichnete. Vor allem konstruierte die Zeitung einen Gegensatz zwischen der Situation der schutz- und hilflos alleingelassenen Flüchtlinge und „manche(n) anderen Kreise(n)“, die inzwischen im Stande seien, „sich teilweise recht beachtliche Bauten in die Gegend zu stellen“. Damit forderte das Blatt die einheimischen Institutionen, u. a. die Fürsorgeschwester persönlich, heraus. Als Antwort wies die Stadtverwaltung unter Federführung des Sozialdezernenten Ludwig Meyburg wenige Tage später in einer umfangreichen Entgegnung die einzelnen Kritikpunkte zurück. Generell lief die Argumentation der Stadt auf den Vorwurf hinaus, Flüchtlinge hätten gegen behördliches Verbot Angehörige aufgenommen, was die Belegungsdichte ungünstig gestalte. Die Ungezieferplage sei durch unerlaubt errichtete Kaninchenställe entstanden, und der Kriegsversehrte geriet in den behördlichen Verdacht, es darauf angelegt zu haben, „seine Glieder zu verstümmeln“. Damit war der Versuch, Mitleid und Aufmerksamkeit für die Flüchtlinge zu wecken, offensichtlich gescheitert. Die Stadt scheute vor offener Kritik an ihnen nicht zurück, war sie doch selbst angegriffen worden. Eine direkte Stellungnahme einheimischer Kreise in dieser Kontroverse fehlt. In den folgenden Jahren standen die Lager aber weiterhin im Blickfeld der Öffentlichkeit. Nun engagierten sich die Bürgervereine, genuine Interessenvertreter der Einheimischen. So beklagte der Bürgerverein Nordstadt den „Verfall der Talstraße“ durch das dort angesiedelte Lager. Das Lagergelände ging daraufhin an die Gießerei August Engels über, die hier Wohnraum für Werksangehörige schaffen wollte. Im Spätsommer 1950 strengte der Bürgerverein Unterstadt einen Wettbewerb für Lösungen zur Räumung des Lagers am Böttinger Platz an, da das Gelände wieder wie früher als Sportstätte genutzt werden sollte. Aber im nächsten Frühjahr lebten immer noch fast 200 Flüchtlinge dort. Nun äußerte man öffentlich den Verdacht, die Bewohner seien an einem Umzug in Normalwohnungen nicht interessiert, was eine Behauptung des Bürgervereins und einheimischer Beobachter war, gegen die der Vertriebenenverband nur halbherzig Einspruch erhob.

Der Versuch der Alt-Velberter, wieder an vertraute Lebensformen und die alltägliche Umgebung aus der Vorkriegszeit anzuknüpfen, scheiterte also zunächst an der Beharrlichkeit der Lagerinsassen. Wenn auch der Konflikt nicht überbewertet werden soll, erkennt man hier doch im Ansatz die diametral entgegengesetzten Interessen beider Gruppen. Der Wunsch nach billigem Wohnraum, der ein relativ „freies Leben“ ermöglichte, mochte für manchen entwurzelten Flüchtling verständlich sein. So dürften „strebsame“ Flüchtlinge inzwischen mehr Verständnis für die Position der Einheimischen als für die seiner ehemaligen Landsleute gehabt haben. Da auch der Vertriebenenverband die Lagerbewohner nur wenig unterstützte, deutete sich eine Verschiebung der Frontlinien zwischen Einheimischen und Neubürgern an, aber auch eine größere Bereitschaft, Konflikte in der Öffentlichkeit auszutragen.

3. Forcierte Interessenvertretung oder innere Destabilisierung: die Vertriebenenverbände

Das inzwischen etablierte Vertriebenenverbandswesen, das selbst ein höchst problematisches Konglomerat unterschiedlicher Interessengruppen war, nahm im Kräftespiel eine wesentliche Rolle ein. Vor 1948 waren dem geschlossenen Auftreten von Flüchtlingen enge Grenzen gesetzt. Allerdings erschien bereits im Sommer 1946 eine Deputation aus den Lagern vor dem Velberter Stadtrat, die um eine bessere Ausstattung nachsuchte; danach wurden auch die Betroffenen selbst in den städtischen Flüchtlingsbeirat berufen, in dem während der ersten Jahre nur Stadtverwaltung und Wohlfahrtsverbände vertreten gewesen waren. Auch hier rekrutierten sich die ersten Flüchtlingssprecher aus den Lagern. Die Gründe für die sonst fehlende Organisation sind im alliierten Koalitionsverbot für die Flüchtlinge zu suchen.

Es mag zunächst verwundern, die Verbandsbildung der Flüchtlinge als einen Bereich auf dem Feld der Konflikte abzustecken, handelte es sich doch nur um einen flüchtlingsinternen Prozeß. Aber dessen Entfaltung hing wesentlich von der Einflußnahme der Einheimischen ab; in Velbert entwickelte er sich geradezu aus dem Gegensatz eines Teils der Flüchtlinge zur lokalen Flüchtlingsverwaltung. Das Koalitionsverbot in der britischen Zone vom Januar 1946 hatte bei deutschen Politikern Zustimmung gefunden. Mit ihm sollte durch die Verhinderung äußerer und innerer Organisation auch eine „Rebellion“ der Flüchtlinge vermieden werden; vor allem war es eine flankierende Maßnahme „innenpolitischer Stabilisierungsmaßnahmen“ (Steinert, Vertriebenenverbände, S. 18). Den Politikern war an einer Integration der Flüchtlinge in die „Lizenzparteien“ gelegen, nicht an einer Separierung, die Konkurrenz bedeutete. Im Gegenzug dazu ermöglichten die beiden großen Parteien auch in Velbert schon 1948 Flüchtlingsvertretern über Listenplätze die Mitarbeit in der Stadtvertretung. Außerdem konnten im städtischen Flüchtlingsbeirat alle direkten Interessen der neuen Mitbürger besprochen und geklärt werden. Die in Velbert zentrale Persönlichkeit für die Flüchtlingsfrage, der Sozialdezernent Meyburg, hielt daher eine eigene Organisation der Flüchtlinge für „zwecklos“, als er von einem interessierten Flüchtling darauf angesprochen wurde.

An der Person Meyburgs und am Flüchtlingsbeirat entzündete sich aber eine anhaltende Kontroverse im Verlauf der Konsolidierung der mit dem Wegfall des Koalitionsverbotes (24. Juni 1948) entstehenden Gruppen. War schon im Herbst 1947 im Kreis Mettmann eine Unterorganisation des „Hauptausschusses der Ostvertriebenen“, die „Notgemeinschaft“, entstanden, so bildete sich ein Jahr später, ebenso zunächst noch nicht in die Öffentlichkeit tretend, eine „Interessengemeinschaft“ der Vertriebenen, die bis in die fünfziger Jahre bestimmend blieb, jedoch ohne alle Flüchtlinge hinter sich zu bringen. Der entscheidende Grund dieser Spaltung lag in der Einstellung zum Flüchtlingsbeirat. In ihm hatte die Führungsgruppe der Vertriebenen erste Erfahrungen gesammelt, nun standen sich aber Befürworter und Gegner der Arbeitsweise des Beirats gegenüber. In schärfster, auch persönliche Diffamierungen nicht scheuender Form wurde die Konfrontation auf einer großen Versammlung im Frühjahr 1949 ausgetragen. Hier prallten vor der anwesenden Stadtprominenz, die sich bald enttäuscht über dieses Spektakel abwendete, die Parteien aufeinander. Das Hauptziel der Interessengemeinschaft, der Sturz von Meyburg und dem amtierenden Flüchtlingsbeirat, wurde zwar nicht erreicht, doch war der Bruch vollzogen. Wenig später bildete sich als Konkurrenzverband die Ostvertriebenenvereinigung, die besonders eng mit der Stadtverwaltung zusammenarbeitete. Auch erhielt sie von dieser mehr Unterstützung, ohne

daß die Stadt freilich die Interessengemeinschaft, hinter der mehr Flüchtlinge standen, ganz unbeachtet lassen konnte. Vor allem hatte die Interessengemeinschaft die überregionale Anerkennung des in Nordrhein-Westfalen so einflußreichen Flüchtlingsprechers, des Geistlichen Rates Georg Goebel, der auch in Velbert bei einem Besuch in die lokale Auseinandersetzung einzugreifen versuchte.

Die Bildung einer Flüchtlingsgruppe in dezidiertem Opposition zum amtierenden Flüchtlingsbeirat, der wesentlich von einheimischen Funktionsträgern dominiert wurde, löste die vorher auf privater oder halböffentlicher Ebene ausgetragenen Konflikte aus ihren individuellen Zusammenhängen. Innere Organisation bedeutete Konzentration der Flüchtlingsansprüche nach außen, mithin gegen die Einheimischen, aber auch Disziplinierung auf einen Konfrontationskurs nach innen. Für den Erfolg der organisatorischen Stabilisierung war allerdings eine ideologische Füllung erforderlich. Diese bot sich im Heimatgedanken an. Das Aufrechterhalten der „Treue zur Heimat“, wie die Sprache der Zeit es ausdrückte, zog jedoch eine entscheidende Konsequenz nach sich. Zentraler Wunsch war nicht (mehr) die rasche Eingliederung im Westen, das Aufgehen in der hier lebenden Bevölkerung, sondern die Rückkehr in die alte Heimat. Einheimische Politiker hatten diesen Gedanken schon 1946/47 verworfen; seit 1948/49 war auch der Velberter Industrie klar, daß die neuen Mitbürger wertvolle Arbeitskräfte für die hoffnungslos überaltete Schloßindustrie Niederbergs stellen konnten. Daher lehnten sie Tendenzen zur Abgrenzung und die latente Rückkehrbereitschaft ab, wie sie die Verbände, in Velbert speziell die Interessengemeinschaft, propagierten. Mußten früher die eingesessenen Bürger aufgefordert werden, den Flüchtlingen aufgeschlossen gegenüberzutreten, so galt jetzt die Mahnung, sich rasch den Velberter Verhältnissen anzupassen, diesen selbst. Eine Subkultur der Flüchtlinge, wie sie Norbert Baha (Wiederaufbau und Integration, S. 137 ff. u. 150 ff.) für Delmenhorst für möglich hält, entstand in Velbert zwar nicht, aber im geschlossenen Verband stellten sie nun deutlichere Anforderungen. Individuelle Beleidigungen, so die unschöne, aber nicht seltene „Polacken“-Anrede durch die Alt-Velberter, trafen, wie die Interessengemeinschaft warnte, die Gesamtheit der Flüchtlinge und würden strafrechtlich durch Beleidigungsklagen verfolgt. Auch die kulturelle Präsentation der Flüchtlinge in Velbert trug zur Konfliktstruktur bei. Denn auf diesem Feld entwickelten beide Verbände einen regen Ehrgeiz; Konkurrenz belebte hier offenbar den Ideenreichtum, reichte die Palette der Veranstaltungen doch vom volkstümlichen „Heimatabend“ über den politisch geprägten „Tag der Heimat“ bis zur literarisch-kulturellen Großveranstaltung.

4. „Eine Brücke zwischen den Vertriebenen und den Einheimischen“?

Das dichotomische Verhältnis beider Bevölkerungsgruppen zueinander läßt sich nicht nur durch die Verfolgung von Konfliktpuren aufweisen; auch das Bestreben der Zeitgenossen, eine „Brücke“ zwischen alten und neuen Velbertern zu bauen, deutet auf die vorhandenen Probleme hin. Unter diesem Leitwort setzten jedenfalls Stadtverwaltung und Kreisvereinigung der Ostvertriebenen (Interessengemeinschaft) eine ostdeutsche Volkshochschulwoche an, in deren Verlauf namhafte Sprecher der Vertriebenen aus Kultur und Wissenschaft auftraten. Initiator und Motor der Veranstaltungsreihe war der aus Graudenz (West-Preußen) stammende Essayist und Erwachsenenbildner Erhard Krieger, der bereits vorher in Velbert

Vorträge zu Themen der ostdeutschen Kulturgeschichte gehalten hatte. Sein Ziel war es, „einer breiten Öffentlichkeit“ einen „Einblick in ostdeutsches Geisteserbe“ zu geben und vor allem das „Wechselverhältnis“ zwischen West- und Ostdeutschen zu betonen. Indem man den Einheimischen einerseits Glanzpunkte ostdeutscher Kultur präsentierte, andererseits die historischen Wurzeln der ostdeutschen Bevölkerung im westdeutschen Raum aufzeigte, sollte der Anspruch der Vertriebenen auf ein Heimatrecht im Westen eingeklagt werden, ohne die Erinnerung an die Heimat im Osten preiszugeben.

Eine gewichtige Rolle spielte dabei die Einordnung der „deutschen Ostsiedlung“ und „Ostkolonisation“ mit der Erinnerung an die Wirkung rheinischer Zisterzienser aus Kamp und Altenberg. Der schlesische Landeshistoriker Ernst Birke stellte die Zusammenhänge in einem Eröffnungsvortrag dar, setzte aber zugleich – im Klima des Kalten Krieges – betont politische Akzente, wenn er die Rückkehrforderung der Vertriebenen mit dem Hinweis unterstützte, die Beherrschung Ostdeutschlands als Schutzfeld gegen die kommunistische Bedrohung sei eine Bedingung der Sicherheit Westeuropas. Das mochte das Selbstbewußtsein der Vertriebenen stärken, schadete aber eher einer dauerhaften Integration und Verständnisbereitschaft mit den Eingesessenen. Auf die einheimische Bevölkerung, wenn sie denn überhaupt das Informationsangebot der Veranstaltungsreihe nutzte, mögen auch die anderen Vorträge überzogen gewirkt haben. Für das praktische Miteinander trug vielleicht am ehesten der Schlußvortrag des ostpreußischen Schriftstellers Willy Kramp bei, der seinen ostdeutschen Landsleuten zu Vertrauen und Geduld riet.

So bleibt es schwer zu beurteilen, ob die Volkshochschule tatsächlich zur Brücke zwischen beiden Gruppen wurde. Ohnehin hatte die Stadt als Mitveranstalterin die ostdeutsche Woche in erster Linie als Geschenk an die Vertriebenen betrachtet, argumentierte doch Sozialdezernent Meyburg damit, daß die Verwaltung „die restlose Beteiligung aller Ostdeutschen“ erwarte, wenn sie denn schon ein so einmaliges Unterfangen finanziell unterstütze. Damit verfolgte sie freilich weiterhin ihre traditionelle Strategie, die Ansprüche der Flüchtlinge durch Sachleistungen zu befriedigen, während sie den idealistischen Kern des Initiators Krieger, substantiell zur „Klimaverbesserung“ beizutragen, geringschätzte.

Auch unter den Flüchtlingen blieb die Idee Kriegers nicht ohne Widerspruch, wie eine kritische Beurteilung im „Wegweiser“, dem Fachorgan der nordrhein-westfälischen Flüchtlingsfürsorge (Nr. 5, 1952, S. 27 f.), beweist; kulturelle Veranstaltungen, so hieß es dort, sollten besser der inneren Geschlossenheit und Selbstbesinnung der Vertriebenen dienen. Das Velberter Experiment, das als erstes seiner Art sogar die Beachtung des Bundesvertriebenenministers erregte, der ein Grußwort schrieb, intendierte, die verkrusteten Strukturen von Flüchtlings- und Einheimiskultur aufzubrechen und eine Verständigung, wenn auch auf einer heute vielleicht suspekten ideologischen Ebene, zu erzielen. In diesem Sinne fand die Volkshochschulwoche auch Nachahmer, etwa im Ruhrgebiet und im Sauerland, aber auch eine Neuauflage in Velbert, den Ost-West-Kulturtagen im Winter 1953/54. Die Überwindung der Konflikte hatte also eine Chance, blieb aber auch, über fünf Jahre nach Beginn der Flüchtlingszuwanderung, weiter notwendig.

5. Normalisierung durch Konflikte: die Umsiedler (1952)

Die ungleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge hatte die stärker agrarisch strukturierten Länder an der Zonengrenze besonders betroffen. Von 1949 an bemühten sich Umsiedlungsprogramme des Bundes um eine gezielte Verbesserung. Damit wurden zahlreiche neue Flüchtlingsströme vor allem nach Nordrhein-Westfalen gerichtet, deren Mitglieder hier auch als Arbeitskräfte begehrt waren. Auch das Velberter Arbeitsamt begann frühzeitig, in seinem Patenbezirk Heide in Holstein Umsiedlungswillige anzuwerben. Aus Bayern holte man Facharbeiter für die Metallindustrie. Mit ihrem Zuzug verschob sich das Spannungs- und Kräftefeld der Einheimischen und Vertriebenen in der Stadt auf eine bemerkenswerte Weise, besonders auf dem heiß umkämpften Wohnungsmarkt, denn man sah in den Umsiedlern heftige Konkurrenten, von denen man mit Recht meinen konnte, sie würden bevorzugt. Mit den Umsiedlungsmaßnahmen waren finanziell vom Bund getragene Wohnungsbauprogramme verbunden, um die Umsiedler nicht nur mit Arbeit, sondern sofort auch mit Wohnraum zu versorgen. In Velbert knüpfte man dabei an die von der städtischen Bauplanung bereits für Einheimische und Flüchtlinge in Angriff genommene Siedlung „Nedderheide“ an. Da die städtischen Pläne ohnehin vor erheblichen Finanzproblemen standen, konnten die Bundesmittel hier sofort eingesetzt werden. So war es nur konsequent, daß auf dem Gelände, an das ursprünglich einheimische Wohnungssuchende und die „Alt-Flüchtlinge“ ihre Hoffnungen gehängt hatten, nun „fremde“ Flüchtlinge, nicht solche, die bereits vier oder fünf Jahre in Velbert lebten, einzogen. Dies verursachte Neid, Mißgunst und Gerüchte.

Diese Gerüchte wurden im Frühjahr 1952 durch einen, den Umsiedlern eigentlich wohlgesonnenen Zeitungartikel offenkundig. Die Alt-Velberter warfen den Bewohnern der heiß begehrten Neubauten vor, die Wohnungen nicht zu würdigen, ja sie verkommen zu lassen. Von Kohlen in der Badewanne und gar einer Ziege, die im Bad gehalten werde, war die Rede. Tatsächlich war die Ziege als ein Relikt der ländlichen Lebensweise in den Massenlagern Bayerns mit nach Velbert gekommen, jedoch inzwischen bei einem einheimischen Bauern in „Pension“ gegeben worden. Die sich hier dokumentierende Unsicherheit der Umsiedler über das, was sie am neuen Wohnort erwarten, bildete für die Velberter bestenfalls einen Anlaß zum Schmunzeln, war aber oft auch die Ursache für Unverständnis und Ablehnung.

Der Zeitungsbeitrag („Velberter Zeitung“, 23./24. Februar 1952) regte nun zum „Ringtausch“ an, einer Zauberformel, hinter der sich ein Verfahren verbarg, das die mietrechtlichen Probleme des Umsiedlerwohnungsbaus umging, indem es Einheimischen den Einzug in die Neubauten untersagte. Die Umsiedler sollten auf die Neubauten verzichten und in Altbau- und Notwohnungen der ersten Flüchtlingsgeneration, diese in die größeren Wohnungen von Einheimischen und diese wiederum schließlich in die – recht teuren – Neubauwohnungen ziehen. Außerdem forderte die Verfasserin des Beitrags zur „guten Tat“, einem Hilfswerk für die Umsiedler, auf, wie es nach 1945 so viele zugunsten der Flüchtlinge gegeben habe. Die Reaktion der Betroffenen war aber schroff ablehnend. In Leserbriefen wiesen sie die Marginalisierungsversuche zurück, die sie sowohl in den verleumderischen Gerüchten als auch in den Forderungen nach öffentlicher Hilfe erblickten. So ungerecht die einen seien, so wenig benötige man die anderen. Sie hätten hier „Verdienst und Wohnraum gefunden und werden sich, wenn man ihnen ein wenig Zeit läßt, wirtschaftlich selber zurechtfinden“, schrieb ein

Betroffener („Velberter Zeitung“, 25. Februar 1952). Diese zweite Flüchtlingsgeneration wünschte also Ruhe, wollte nicht mehr im Blickfeld allgemeiner Zuwendungen stehen, ließ sich aber auch nicht von ihrem guten Recht auf ausreichende Wohnungen abbringen; der „Ringtausch“ blieb also ein schwieriges Unterfangen.

Mit der neuen sozialen Gruppe der Umsiedler verschob sich die Frontstellung, der polare Gegensatz von Einheimischen und Flüchtlingen. Das Vertriebenenschicksal war nun kein Gegenstand anteilnehmenden Mitleids mehr, die von der Stadtverwaltung der einheimischen Bevölkerung lange nahegelegte Attitüde des Helfers brauchte nicht mehr aufrechterhalten werden. In der offenen, harten Kontroverse traten sich die einzelnen Gruppen als gleichberechtigte Konkurrenten gegenüber.

6. Der normalisierte Konflikt

In einem System ungleicher Startchancen erscheint es plausibel, daß diese Differenzen Konfliktstrukturen entstehen lassen, wenn der schwächere Faktor auf die Unterstützung des stärkeren für eine Angleichung angewiesen ist, die von dritter Stelle, einem Lenkungs- und Vermittlungsmechanismus, gefordert und gesteuert wird. In Velbert waren die Flüchtlinge bis zu einem gewissen Grad auf den guten Willen der Einheimischen angewiesen. Die Stadt, hinter der zentrale Integrationsinstanzen – die Flüchtlingspolitik von Besatzungsmacht, Land und Bund – standen, versuchte ihn durch Kompromisse und bemühtes Abwägen der Eingriffe in die Privatsphäre der Einheimischen zu fördern. Stand so am Anfang das Ziel, die Bereitschaft der Eingesessenen zu integrativer Haltung zu fördern, mußten Widersetzlichkeiten der Flüchtlinge wie die Separation im eigenen Verband als Hemmnisse betrachtet werden. Das Konfliktklima wurde „heißer“, so daß auch Beiträge der Flüchtlinge zum gegenseitigen Verständnis mißverstanden werden konnten, und das vor allem, da sie den Einheimischen mit der „Heimat“-Ideologie eine auch im Rahmen des Kalten Krieges nur bedingt kompatible Füllung anboten.

Die Lösung des Dilemmas war jedoch einfach. Das Auftauchen der Umsiedler als eines weiteren Faktors brachte das mühsam austarierte System vollends ins Wanken; jetzt erfolgte der offene Konflikt aber ohne Verkrampfung, da das Recht aller Kräfte zur egoistischen Durchsetzung eigener Interessen nicht mehr aufzuhalten war. Damit normalisierte sich der latente Spannungszustand. Nun standen sich nicht mehr Flüchtlinge und Einheimische gegenüber, sondern verschiedene Konkurrenten auf dem Wohnungsmarkt. Damit war noch keine Chancengleichheit hergestellt, wie spätestens in seiner Langzeitstudie Paul Lüttinger gezeigt hat, der noch für das Jahr 1971 als Fluchtfolge „erhebliche Unterschiede in Strukturmerkmalen von Zuwanderern im Vergleich zu den Einheimischen“ (S. 238) erkannte und daher auch Platos Gleichsetzung beider Gruppen bezweifelt (S. 53). Lüttingers Untersuchung auf der Marko-Ebene, die Platos Forderung nach einer Arbeit über die Generationen hinweg einlöst (Fremd im Revier, S. 173), konnten hier, auf der Mikro-Ebene, nur Beobachtungen und Hypothesen an die Seite gestellt werden.

Dabei ging es nicht um den Nachweis handgreiflicher Auseinandersetzungen, die es auch gegeben haben mag. Die Tatsache, daß die Velberter Stadtverwaltung sich erfolgreich um deren Verhütung bemühte, zeigt aber, daß in unmittelbarer Nähe des Ruhrgebiets verant-

wortliche Politiker ein Konfliktpotential und entsprechende Handlungsnotwendigkeiten sahen. Auch in Velbert werden, wie im Ruhrgebiet, heute viele Menschen sagen, daß sie „mit der einheimischen Bevölkerung gut ausgekommen“ seien (Plato, S. 175). Aber in der vom Krieg relativ verschont gebliebenen Stadt war das dichotomische Verhältnis von gebenden Einheimischen und nehmenden Neuen, Fremden und Flüchtlingen stärker ausgeprägt. Insofern erscheint von Platos Argumentation nicht von den besonderen Bedingungen im Ruhrgebiet zu lösen zu sein, das durch sozialhistorische Tradition und unmittelbare Kriegserfahrungen vielleicht eher Ausnahme- denn Regelfall der Flüchtlingsintegration war. Zu den Konflikten trugen im übrigen nicht nur „hartherzige“ Einheimische, sondern bald auch „engstirnige“, auf die Hoffnung der Rückkehr, nicht auf die der Integration bauende Flüchtlinge bei.

Grundlage für den Beitrag ist meine Staatsarbeit: „Flüchtlinge im Nachkriegsdeutschland: Das Beispiel Velbert „1946-1952“ (Bochum 1987). Inzwischen liegt als Kurzfassung vor: Vertriebene in Velbert. Probleme ihrer Integration 1945-1952, in: Historische Beiträge 10, hrsg. v. d. Stadt Velbert i. Verb. m. d. Abteilung Velbert-Hardenberg e.V. des Bergischen Geschichtsvereins, 1989, S. 35-64.

Literatur

- Alexander von Plato: Fremd im Revier. Zum Verhältnis von Flüchtlingen und Einheimischen im Ruhrgebiet, in: Geschichte im Westen 1989/2, S. 173–178.
- Falk Wiesemann: Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration in Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ B 23/1985, S. 35–44.
- Falk Wiesemann: Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt a. M. 1985, S. 173–182.
- Paul Erker: Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger 1945-1955. Sozialgeschichte der Flüchtlinge in einer agrarischen Region Mittelfrankens 1945-1955 (Beiträge zur Wirtschafts- u. Sozialgeschichte, 37), Wiesbaden 1988.
- Helmut Grieser: Die ausgebliebene Radikalisierung. Zur Sozialgeschichte der Kieler Flüchtlingslager im Spannungsfeld von sozialdemokratischer Landespolitik und Stadtverwaltung (Vierteljahrsschrift f. Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 69), Wiesbaden 1980.
- Gerd Ritter: Velbert, Heiligenhaus, Tönisheide. Kulturgeographische Entwicklung eines Niederbergischen Industrieraumes, Ratingen 1965.
- Johannes-Dieter Steinert: Vertriebenenverbände in Nordrhein-Westfalen 1945-1954 (Flüchtlinge und Vertriebene in Nordrhein-Westfalen – Forschungen und Quellen, Band 1), Düsseldorf 1986.
- Norbert Baha: Wiederaufbau und Integration: Die Stadt Delmenhorst nach 1945; eine Fallstudie zur Problematik von Stadtentwicklung und Vertriebeneneingliederung, Delmenhorst 1983 (zugleich: Diss. phil. Freiburg/Brsg.).
- Paul Lüttinger: Integration der Vertriebenen: Eine empirische Analyse. Unter Mitwirkung von Rita Rossmann, Frankfurt/M. 1989.